

Was Zuwanderung uns gebracht hat und wie es mit ihr und dem Tourismus weitergehen soll

Zum Leserbrief «Wir brauchen Zuwanderung, müssen aber Folgeprobleme lösen»,
Ausgabe vom 17. Mai

Was FDP-Ständerat Damian Müller postuliert, ist genau das, was jene vertreten, welche am Wirtschaftswachstum zu viel Geld verdienen. Ganz exakt nach dem Motto: Der Profit der Wirtschaft und die Probleme dem Staat. Aus genau diesen Gründen haben wir ja den Fachkräftemangel. Der profitierenden Wirtschaft ist es egal, wie gross der Familiennachzug eines Immigranten ist, wenn nur eine Person arbeiten kann.

Der freie Personenverkehr hat uns die höchste Kriminalitätsrate, den grössten Menschenhandel Richtung

Zwangsprostitution und die höchsten Summen in der Geldwäscherei im Bereich Autohandel und Immobilien beschert. Er dürfte uns in Zukunft auch mit Bandenkriegen «beglücken».

Beim Kapitel Wohnungsbau könnte man die Forderungen «höher bauen und schneller bewilligen» von Herrn Müller unterstützen, aber auch dieses Problem kann nur mit einer Bevölkerungsbegrenzung (à la 10 Millionen-Initiative) erreicht werden. Oder wollen wir tatsächlich aus unserem Mittelland in den nächsten 100 Jahren eine verbetonierte Wolkenkratzerwüste machen? Sicher nicht.

Mensch, bedenke: Beton kann man nicht essen. Die so genannte problematische

Migration haben wir ja schon längst, aber sie wurde nie bekämpft, weil die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative der SVP nie umgesetzt wurde.

Auch im Tourismus wäre Einhalt geboten, wenn man die Klagen der Stadtbevölkerung so hört. Auch Stadtbewohner hätten Anrecht auf ein «einheimisches Leben». Der Glaube an die neue Schutzklausel von Ständerat Müller setzt eine massive Blauäugigkeit voraus, welche die Vorkommnisse der letzten Zeit nicht wahrhaben will. Auch hier gilt der Grundsatz: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Alois Zurfluh,
Mosnang

Am 27. Mai erschien in dieser Zeitung ein sehr interessanter Artikel mit dem Titel «Was Europa von Dänemark lernen kann». Es ist noch nicht lange her, da hat man auch in der Schweiz viel über die soziale Politik der nordischen Staaten gelesen. Linke Politikerinnen und Politiker haben oft auf die Politik dieser Staaten verwiesen, mit dem Hinweis, dass die Schweiz von ihnen lernen kann. Seit einiger Zeit hört man sehr wenig von linker Seite, weil die nordischen Staaten und insbesondere Dänemark die Schrauben massiv angezogen haben in der Ausländer- und Sozialpolitik.

Die Regierungschefin von Dänemark ist eine Sozialdemokratin, also eine Parteikollegin unseres SP-Bundesrates Beat

Jans. Frederiksen hat das Ziel «Null Asylbewerberinnen und -bewerber im eigenen Land». Sie setzt stattdessen auf Asylzentren in Drittstaaten.

Dänemark hat auch ein klar höheres Rentenalter als wir in der Schweiz. Dänemark erreicht bei den Erwerbstätigen ein Rekordwert. Das Land hat immer noch eine hohe Zuwanderung, hat aber im Vergleich zur Schweiz eine sehr restriktive Asyl- und Ausländerpolitik. Grund dafür ist, dass «die richtigen» Ausländer zuwandern. Es kommen viele gut ausgebildete Leute ins Land, die in Spitälern, in der IT-Branche oder auf dem Bau sofort Arbeit finden.

Die Zuwanderung aus muslimischen und afrikanischen Ländern sinkt stark.

Strenge Regel wie Arbeitspflicht für Personen die für längere Zeit Sozialhilfe beziehen, tragen dazu bei. Sozialhilfe-Empfänger können in Dänemark vom Arbeitsamt gezwungen werden, bis zu 37 Stunden pro Woche in einem Hilfsjob zu arbeiten.

Damit der Sozialstaat Schweiz überleben kann, müssen wir unser Handeln in der Sozialpolitik wie auch in der Ausländer- und Asylpolitik diskutieren. Wer arbeitet und sich anpasst, soll in unser Land einwandern können. Wer unsere Regel nicht beachtet, und nur von der Sozialhilfe leben will in der Schweiz, der sollte unser Land verlassen.

Joe Schelbert
Präsident FDP Grosswangen

Ständemehr wahrt Interessen aller Landesteile

«Bundesrat Cassis in Opposition zur Heimat»,
Ausgabe vom 23. Mai

Das zwischen der Schweiz und der EU ausgehandelte Vertragspaket steht beispielhaft dafür, welche Fragen zwingend einer Volksabstimmung mit Ständemehr unterstellt werden müssen. Die Tragweite dieser Vereinbarungen erstreckt sich weit über die wirtschaftlichen Aspekte hinaus und ist in seiner Wirkung identisch mit dem Beitritt zu einer supranationalen Organisation gemäss Art. 140 Abs. 1 der Bundesverfassung.

Die direkte Demokratie ist Herzstück der schweizerischen Politik und sichert, dass

wesentliche Entscheidungen nicht allein von Regierung und Parlament getroffen, sondern vom Volk legitimiert werden. Staatsverträge von solcher Bedeutung, die langfristig die Beziehungen zur EU prägen, dürfen nicht in Hinterzimmern verhandelt und ohne breite Abstützung verabschiedet werden. Es muss sichergestellt sein, dass sowohl das Volk als auch das Ständemehr hinter einer solchen Entscheidung stehen.

Gerade das Ständemehr dient dazu, die Interessen aller Landesteile zu wahren und verhindert eine Dominanz der grossen Zentren. Eine Abstimmung über die EU-Verträge würde gewährleisten, dass

nicht nur wirtschaftliche Argumente aus den Ballungsräumen, sondern auch regionale Anliegen angemessen berücksichtigt werden. Der aktuelle Vertragsabschluss kann daher als Musterbeispiel für Fragen betrachtet werden, die zwingend dem direktdemokratischen Prozess mit Ständemehr unterstellt werden müssen. Nur so bleibt sichergestellt, dass die Schweiz ihre bewährte Balance zwischen Regierungshandeln und Volkswillen wahrt und ihre institutionelle Eigenständigkeit nicht durch internationale Verträge kompromittiert wird.

Pascal Müller,
Dr. iur., Samen

Ein Widderchen



Das Insekt wird oft Blutströpfchen genannt und ist auch im Kanton Luzern unter 2000 Metern über Meer häufig.

Leserbild: Marianne Schmid, Eich

Stress pur bei Arbeitslosigkeit mit über 50

«Regionales Arbeitsvermittlungszentrum Zug: Überfordert, desinteressiert, inkompetent»,
Ausgabe vom 2. Juni

Arbeitslosigkeit im fortgeschrittenen Alter ist für Betroffene purer Stress. Noch schlimmer wird die Situation, wenn es sich um unstimmige, altersdiskriminierende Abgänge handelt, die traumatisierende Nebenwirkungen nach sich ziehen.

Was die Betroffenen im Bericht über ihre Erfahrungen mit den Regionalen Arbeitsver-

mittlungszentren (RAV) berichten, sind keine Einzelfälle. Der Beratungsstelle Avenir50plus Schweiz sind viele solche Schilderungen bekannt – unter anderem auch ein Fall aus dem Kanton Zug, bei dem es um eine unsinnige Zuweisung in eine arbeitsmarktliche Massnahme ging.

Hier stand erwiesenermassen ein freier Platz in einem Programm im Vordergrund, nicht die tatsächliche Qualifizierung des Versicherten. Das Schreiben an den RAV-Leiter zeigte weder Wirkung noch Dialogbereitschaft. Umso

wichtiger ist die Forderung an die Arbeitsmarktbehörde Seco, die Zuweisungspraxis in arbeitsmarktliche Massnahmen endlich dem Einspracherecht zu unterstellen, wie es im Sozialversicherungsrecht bei Verfügungen der Normalfall ist. Bei der Qualität der Beratungspraxis lässt sich ernsthaft darüber nachdenken, ob insbesondere die Beratung von Versicherten auf Kaderstufe nicht der Privatwirtschaft überantwortet werden sollte.

Heidi Joos, Luzern, Geschäftsführerin Avenir50plus Schweiz

Streit ums Luzerner Theater vor 200 Jahren

«Gianluca Pardini: Lassen Theater nicht im Regen stehen»,
Ausgabe vom 16. März

Eine Entdeckung im Heft 7 der Zeitschrift «Zeichen der gegenwärtigen Zeit im Guten und Bösen», erschienen bei Gebrüder Rüber im Juni 1825 an der heutigen Gerbergasse 16/Ledergasse 15: Unter dem Titel «Ueber den bildenden und verbildenden Einfluss des

Theaters» greift der 40-jährige Josef Coelestin Segesser (1785 bis 1844), Arzt und Mitglied des Grossen Rates, in die laufende Diskussion ein.

Er schreibt: «Wie soll, wird man fragen, vielleicht auf einem kleinen Theater, bei wenigen Mitteln (...) etwas Vollendetes gegeben werden? (...) Allein, etwas Gutes und Rechtes darf, ja, soll man doch fordern, und das positiv Schlechte benennen und zu

entfernen suchen. Etwas Gutes müsst Ihr uns geben und zeigen, oder es lieber ganz sein lassen.» Am 7. November 1839 wurde das Theater im Neubau an der Reuss eröffnet.

Der Nachfolger der Gebrüder Rüber feiert im Juni 2025 das 200 Jahr-Jubiläum des Raeber-Verlags an der Frankenstrasse im Gutenberghof.

Bernard L. Raeber-Anrig,
Luzern

Forderung: Verzicht auf Durchgangsbahnhof

«Statistik für SBB für 2024: Luzern ist jetzt der drittgrösste Bahnhof»,
Ausgabe vom 31. Mai

103'500 Personen besteigen oder verlassen pro Tag einen Zug. Laut offiziellen Prognosen werden es in Zukunft noch bedeutend mehr sein. Diese Erkenntnis allein ist als Fundament einer Gesamtumneuerung der Eisenbahnstruktur in der Agglomeration Luzern nicht viel wert.

Eine weit aussagekräftigere Grundlage für eine sinnvolle Lösung, wie das Projekt Eisenbahn in Luzern anzugehen wäre, bestünde doch in der Kenntnis, wie viele Passagiere erstens innerhalb des Bahnhofes in einen andern Zug umsteigen. Zweitens, wie viele Personen vom oder auf den Bus umsteigen und drittens, wie viele den Bahnhof individuell erreichen. Das Resultat einer solchen Zählung darf vorweggenommen werden: Grossmehrheitlich steigen die Bahnbenützenden in Luzern zur Weiterfahrt um, sei es in Bahn oder Bus. Für die allerwenigsten ist der Luzerner Bahnhof Ausgangspunkt oder Endziel der Fahrt. Es ist bedenklich, dass eine so wichtige

Planungsvoraussetzung nie ergründet wurde. Mit der Erkenntnis daraus wäre man mit gesundem Menschenverstand nie auf die sture Fokussierung auf den milliardenteuren Durchgangsbahnhof Luzern gekommen.

Neben allen grundsätzlichen Mängeln und Ungereimtheiten wird dieses unglückliche Projekt es fertigbringen, dass sich zukünftig (gemäss Masterplan Bahnhof Luzern) die Personenfrequenz im Luzerner Bahnhof auf 200'000 erhöhen wird. Chaos ist nicht nur im Bahnhofsbereich, sondern auch auf den Zufahrtswegen angesagt.

Für Reisende ist es nicht bedeutsam, wo sich die Umsteigeorte befinden.

Hauptsache ist dort ein breites Angebot an Zugverbindungen und Buslinien, die auf kürzesten Wegen erreichbar sind. Dafür existieren klügere Lösungen als der Durchgangsbahnhof. Umsteigen kann man andernorts besser als im Gedränge des Luzerner Bahnhofs. Noch könnten auch die Befürworter des Durchgangsbahnhofs umsteigen!

Martin D. Simmen,
Luzern

«Aus meiner Sicht braucht es nun einen Befreiungsschlag, den Durchgangsbahnhof», sagt Regierungsrat Fabian Peter im Interview vom 31. Mai. Ja, einen Befreiungsschlag braucht es: Ein Verzicht auf das teure, aufwendige und inzwischen in die Jahre gekommene Projekt Durchgangsbahnhof würde Raum geben für ein zahlbares, rascher und in Etappen realisierbares und vor allem ein wirklich zukunftsorientiertes, regionales, nationales und internationales Eisenbahnangebot. Und das alles ohne jahrelange, gravierende Einschränkungen im weiteren Umfeld des bestehenden Bahnhofs. Das wäre doch überlegenswert.

Walter Albrecht, Luzern

Bitte kurz

Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Ihr Schreiben sollte höchstens 1900 Zeichen umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, nur Auszüge daraus zu veröffentlichen oder sie nicht zu publizieren.